

Bundesgesetz über die Unterstützung von Dachverbänden der Weiterbildung

vom 28. September 2012

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
gestützt auf Artikel 64a Absätze 2 und 3 der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 22. Februar 2012²,
beschliesst:*

Art. 1 Beitragsberechtigte Dachverbände

¹ Der Bund kann im Rahmen der bewilligten Kredite Beiträge an Dachverbände der Weiterbildung Erwachsener gewähren.

² Beiträge werden nur gewährt, wenn:

- a. der Dachverband gesamtschweizerisch tätig ist;
- b. der Dachverband nicht gewinnorientiert ist;
- c. der Dachverband nachweisen kann, dass er Aufgaben nach Artikel 2 seit mindestens drei Jahren kontinuierlich ausübt; und
- d. die dem Dachverband angeschlossenen Organisationen Kompetenzen vermitteln, die die Chancen in Gesellschaft und Arbeitswelt verbessern.

³ Zudem kann ein Dachverband für die Erfüllung von Aufgaben nach Artikel 2 gestützt auf dieses Gesetz nur unterstützt werden, wenn er für die Erfüllung dieser Aufgaben nicht gestützt auf ein anderes Bundesgesetz, namentlich das Kulturförderungsgesetz vom 11. Dezember 2009³, unterstützt wird.

Art. 2 Unterstützte Aufgaben

Die Beiträge können den Dachverbänden für die Erfüllung der folgenden Aufgaben gewährt werden:

- a. Information über Weiterbildungsangebote und über die Koordination der Angebote;
- b. Sicherung und Entwicklung der Qualität der Weiterbildung.

¹ SR 101

² BBl 2012 3099

³ SR 442.1

Art. 3 Beitragsbemessung und Periodizität der Ausrichtung

¹ Die Beiträge bemessen sich nach:

- a. dem Grad des Interesses des Bundes an der Tätigkeit des Dachverbandes;
- b. der Anzahl der im Dachverband zusammengeschlossenen Organisationen;
- c. dem Koordinationsaufwand des Dachverbandes;
- d. den zumutbaren Eigenleistungen des Dachverbandes und den Beiträgen Dritter.

² Die Beiträge betragen:

- a. höchstens das Doppelte der Summe der zumutbaren Eigenleistungen und der Beiträge Dritter; und
- b. höchstens die Differenz zwischen den notwendigen Aufwendungen einerseits und der Summe der zumutbaren Eigenleistungen und der Beiträge Dritter andererseits.

³ Übersteigen die aufgrund der eingereichten Gesuche errechneten Beiträge die verfügbaren Mittel, so werden diese Beiträge anteilmässig gekürzt.

⁴ Die Beiträge werden jährlich ausgerichtet.

Art. 4 Finanzierung

Die Bundesversammlung bewilligt mit einfachem Bundesbeschluss den Zahlungsrahmen nach diesem Gesetz.

Art. 5 Verhältnis zum Subventionsgesetz

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, gilt das Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990⁴.

Art. 6 Vollzug

¹ Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation vollzieht dieses Gesetz.

² Es koordiniert seine Unterstützungstätigkeit mit anderen Bundesstellen.

³ Es erlässt Richtlinien über die Einzelheiten, namentlich die Gesuchstellung und die Zahlungsmodalitäten.

⁴ SR 616.1

Art. 7 Referendum, Inkrafttreten und Geltungsdauer

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Es gilt bis zum 31. Dezember 2016.

Ständerat, 28. September 2012

Der Präsident: Hans Altherr
Der Sekretär: Philippe Schwab

Nationalrat, 28. September 2012

Der Präsident: Hansjörg Walter
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Datum der Veröffentlichung: 9. Oktober 2012⁵

Ablauf der Referendumsfrist: 17. Januar 2013

